

Der Strom sorgt die Firmenchefs

Unternehmer pochen auf Versorgungssicherheit bei der Energiewende

Die gesicherte Versorgung mit Strom beschäftigt die Unternehmer in der Region. Weitere Themen, mit denen Ministerin Schavan konfrontiert wurde: die Erbschaftssteuer und der Solidaritätszuschlag.

BERNHARD RAIDT

Ehingen. „Wir müssten die Werkstücke wegwerfen und die Maschinen neu einrichten – das wäre ein enormer Aufwand“: Der Ehinger Unternehmer Manfred Tries schilderte gestern beim Gespräch von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) mit Firmenchefs eindringlich, was es bedeuten würde, wenn sein Unternehmen von einem Stromausfall betroffen wäre. Er wisse, dass es im vergangenen Winter Belastungsgrenzen bei der Stromversorgung gegeben habe, sagte Tries. Viele Unternehmen planten jetzt den Bau von Notstromaggregaten. Was denn die CDU unternehmen wolle, um der Wirtschaft Planungssicherheit zu geben? Außerdem rechnete Tries vor, dass mittlerweile zwei Drittel des Strompreises aus Subventionsgeldern bestehe. Seine Firma baue sich keine Solaranlagen mehr aufs Dach – weil die der kleine Mann aus seinem Geldbeutel bezahlen müsse, sagte Tries.

Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) sei stark reformbedürftig, sagte Schavan. Da sei etwas aus dem Ruder geraten, die EEG-Reform werde kommen. Nötig für die Energiewende und die Versorgungssicherheit seien Speichertechnologien. Mit Landrat Heinz Seiffert (CDU), dem Vorsitzenden des Zweckverbandes Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW), saß ein Fachmann am Tisch. Bei den derzeitigen Temperaturen sei eine Lücke in der Stromversorgung eher unwahrscheinlich, sagte Seiffert. Als Sicherheit stünden auch die Kraftwerke der ENBW zur Verfügung, von denen die Hälfte derzeit ruhe. Im Übrigen sei nicht zu wenig, sondern auch zu viel Strom ein Problem,



Warum Kindergärten nicht kostenlos seien, wollte Techniker Joachim Magosch (links) von Ministerin Schavan beim Rundgang durch die Firma Tries wissen. Die Ministerin (hier mit Firmenchef Manfred Tries und Landrat Seiffert), verwies auf das Ehinger Modell (siehe Info Seite 17).
Foto: Bernhard Raidt

habe er erfahren. Zwischen den Feiertagen, als viele Industriebetriebe pausierten, habe die ENBW rund 35 Prozent zu viel Strom im Netz gehabt und zum Teil sogar für die Abnahme großer Strommengen gezahlt. Auch Seiffert forderte Speichermöglichkeiten und ein „Smart Grid“ – also ein Stromnetz mit intelligenten Zählern, die den Verbrauch mit der aktuellen Lage der Stromversorgung abgleichen. Steffen Herrmann von der Firma AVS Aggregatbau in Stetten sagte, dass die Energiewende richtig sei. Man könne den Atommüll kommenden Generationen nicht zumuten.

Der Unternehmer Robert Bayer und Steuerberater Gerhard Stumpp sprachen das Problem Erbschaftssteuer an. Die Kapitaldecke eines mittelständischen Unternehmens in der Region könne im Erbschaftsfall rasch aufgebraucht werden, sagte Bayer. Die Firmen müssten dann schließen – oder würden von

ausländischen Konkurrenten aufgekauft. Bayer kritisierte im Übrigen, dass es bei der EU in Brüssel kein Verständnis für den deutschen Mittelstand gebe. Da zählten nur große Unternehmen. Schavan sprach ebenfalls vom „Raumschiff Brüssel“ und berichtete, wie schwer sie selbst sich mit einigen Vorhaben tue. Dr. Susanne Tries befürchtete, dass die Demokratien der EU Probleme hätten, sich gegen Staaten mit autoritären Führungen durchzusetzen. Das sehe sie etwas anders, sagte Schavan. China etwa werde erhebliche Probleme mit seinen jungen Menschen bekommen. Thomas Zimmer von der Firma Tries sprach den Solidaritätszuschlag an – die Infrastruktur im Westen sei mittlerweile schlechter als im Osten. Viele Angebote – etwa Universitäten – müssten ohne Solidaritätszahlungen in Ostdeutschland eingestellt werden, sagte Schavan. Damit würde viel Hoffnung schwinden.